



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Vereinheitlichung der Beratungsstandards in der Pflege

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, einheitliche Standards für die Pflegeberatung festzulegen und sich dafür einzusetzen, dass diese bundesweit Geltung erlangen.

Begründung:

Bislang bestehen keine verbindlichen Beratungsstandards zur Durchführung der Pflegeberatung mit bundeseinheitlicher Gültigkeit. Ebenso wenig existiert ein rechtlich geschützter Beratungsbegriff, bspw. zur Pflegeberatung, Demenzberatung oder Angehörigenberatung mit zugewiesenen Inhalten und Qualitätsstandards (Quelle: Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)/ Prognos (2018): Endbericht Standortanalyse und Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige. Freiburg/Köln: KDA/Prognos, S. 93). Zu dieser Schlussfolgerung kommt eine Studie im Auftrag des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege. Wir fordern deshalb, einheitliche Standards bei der Beratung von Menschen mit Pflegebedarf festzulegen, um eine vergleichbare Qualität in ganz Bayern bzw. Deutschland zu erreichen.